

Aktuelle Debatte:

Brexit-Strategien und die soziale Frage

Editorial

Joachim Becker, Predrag Četković

Im Juni 2016 ging das Referendum zum Verbleiben oder Verlassen für den Brexit aus. Danach kam es in Großbritannien zu Kontroversen sowohl um die Brexit-Strategien als auch die Kompetenzen von britischer Regierung und Parlament. Die rechtliche Kontroverse ging zugunsten einer Parlamentsbeteiligung aus. Erst nach einem Parlamentsbeschluss konnte die britische Regierung den offiziellen Antrag auf ein Ausscheiden aus der EU stellen. Dieser erfolgte am 29 März 2017.

Danach schrieb die konservative Premierministerin Theresa May für den 8. Juni Neuwahlen aus, um ihr Mandat für die Verhandlungen mit der EU zu stärken und größere Handlungsspielräume für sich zu schaffen. Ihr Bestreben ist es, den Brexit zur Hauptwahlkampffrage zu machen und gleichzeitig die sozio-ökonomischen Unterschiede, die in der Pro-Brexit-Kampagne aufgetreten waren, in den Hintergrund treten zu lassen. Der britische Ökonom John Grahl betont, dass die Brexit-Allianz extrem heterogen zusammengesetzt ist. Einerseits votierten Personen mit niedrigem Einkommen und Bildungsstand stark für den EU-Austritt. Sie verstanden ihr Votum als eine Revolte gegen eine Elite, die eine markt-basierte Globalisierung forcierte. Andererseits gab es eine starke Fraktion in der Conservative Party, welche die EU als eine Beschränkung für ihre Globalisierungsstrategien wahrnahm und der Vorstellung anhängt „leave the EU – join the world“. Damit ist für John Grahl das „Brexit“-Lager von inneren Widersprüchen durchzogen. Diese Widersprüche reduzieren sich nicht auf die Frage „weicher“ oder „harter“ Brexit, sondern auch in der Gruppe der „harten“ Brexiteers gibt es grundlegende Interessendifferenzen in der Frage der Immigration. Diese Widersprüche und Konfliktlinien durchziehen die Konservativen.

Für die Labour Party waren das von den Tories forcierte Wahlkampfthema „Brexit“ und der Zeitpunkt der Wahl ungünstig. In der Partei stehen sich ein neo-liberaler, blairistischer Flügel, der gerne die EU-Frage in den Vordergrund stellen möchte, und der linke Flügel um den Parteivorsitzenden Jeremy Corbyn gegenüber. Corbyn hatte sich im Vorfeld des Referendums zwar für einen Verbleib in der EU ausgesprochen, aber deutliche Distanz zum realen Integrationsmodell der EU erkennen lassen. Die traditionelle WählerInnenbasis der Labour Party, die populären Klassen, hat mehrheitlich für den Brexit gestimmt. Ein massiver Anti-Brexit-Wahlkampf würde für die Labour Party vermutlich im Desaster enden. Daher hat sich Corbyn für einen Wahlkampf mit einer klaren Akzentsetzung auf sozialen Fragen entschieden. Und diese Akzentsetzung zahlte sich aus. Es kam zu einer starken Mobilisierung an der Basis der Labour Party, vor allem seitens der Jugend. Die Labour-Positionierungen für eine Abschaffung der astronomisch hohen Studiengebühren, für eine Re-Nationalisierung der teuren und schlecht funktionierenden Bahn, für eine Stärkung des staatlichen Gesundheitsdienstes und eine Rücknahme der Austeritätspolitik stießen auf große Resonanz (Buchsteiner 2017: 2). Und Jeremy Corbyn galt auch als glaubwürdiger Vertreter solcher Forderungen. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik geriet die Premierministerin Theresa May in die Defensive. Speziell ihr Vorschlag, bei pflege-

bedürftigen Personen geleistete Unterstützungen in Form der Einziehung des Immobilienbesitzes nach deren Ableben zurück zu holen, wurde als Demenzsteuer gebrandmarkt und stieß auf starke Ablehnung. Sie musste ihn zurückziehen. Auch die Terroranschläge während des Wahlkampfes nutzten ihr nicht. Corbyn stellte – zum Unwillen auch des Blair-Flügels der Labour Party – die Terroranschläge in den Kontext der Politik militärischer Interventionen Großbritanniens im Nahen Osten und verwies auf die Schwächung der Polizei durch die Stellenkürzungen, die Theresa May als frühere Innenministerin zu verantworten habe. Die Labour Party konnte im Wahlkampf deutlich Themen setzen.

Die Hintergründe zu den EU-Positionierungen der Labour Party leuchtet Armin Puller aus. Neben den unterschiedlichen Vorstellungen der beiden Flügel im Umgang mit dem Brexit wird auch das schwierige Verhältnis der Partei gegenüber der EU aus historischer Perspektive diskutiert. Zu letzterem gehört die gesplante Position innerhalb der Partei hinsichtlich der EG-Mitgliedschaft zwischen den 60er und frühen 80er-Jahren, aber auch der Versuch in den späten 80er-Jahren die Europäische Integration als Motor zur Erreichung sozialdemokratischer Ziele zu forcieren. Inwieweit diese Ziele für Labour unter der Führung von Tony Blair noch vertreten wurden wird ebenfalls ausgearbeitet. Abschließend behandelt der Beitrag die Frage wie die Positionierung von Labour nach dem beeindruckenden Ergebnis bei den vorgezogenen Parlamentswahlen ausgestaltet sein könnte, sowie die Möglichkeit dass die Partei sogar die Regierungsverantwortung übernehmen könnte und welche Konsequenzen sich daraus für die Brexit-Verhandlungen ergeben würden

Aus den Parlamentswahlen ging die Labour Party gestärkt, die Konservative Partei hingegen geschwächt und stärker gespalten hervor. Wie Cameron die Stimmung vor dem Referendum falsch eingeschätzt hatte, lag auch May mit ihrer Entscheidung für Neuwahlen falsch. Trotz leichter Stimmanteilsgerinnen auf 42,4%, verloren die Tories ihre absolute Mehrheit der Sitze im Unterhaus. Sie konnten vom Debakel der EU-feindlichen UKIP, für welche die Positionierung Mays für den harten Brexit kaum mehr Raum gelassen hatte, nur begrenzt profitieren. Die Labour Party gewann 9,5 Prozentpunkte hinzu und zog 40,0% der Stimmen bei den Stimmanteilen fast gleich mit den Konservativen. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts ist der Abstand bei den Sitzen allerdings beträchtlich (Wiener Zeitung 2017: 5). Die explizit massiv gegen den Brexit eingetretenen Liberaldemokraten und schottischen Nationalisten verloren leicht an Stimmen. Dass die schottischen Nationalisten auf das Brexit-Votum bei der Volksabstimmung mit der Forderung eines zweiten Unabhängigkeitsreferendums für Schottland reagierten, scheint sich gerächt zu haben.

Die Parlamentswahlen waren eher ein Votum zur Sozialpolitik als zum Brexit. Für jene Brexiteers, die den Brexit mit einer Niedriglohnstrategie verbringen sollen, waren sie ein deutlicher Warnschuss. Die Konsequenzen des Wahlausgangs für die Brexit-Verhandlungen sind noch nicht absehbar. Theresa May ist gezwungen eine Koalition einzugehen und strebt eine Koalition mit den Democratic Ulster Unionists an. Damit dürften die Folgen des Brexits für Nordirland für die britische Verhandlungsstrategie an Bedeutung gewinnen. Aufgrund der damit verbundenen negativen ökonomischen Folgen sind die Unionisten gegen eine harte Grenzziehung zwischen Nordirland und der Republik Irland (vgl. Geets/Schmölzer 2017: 4). Die Premierministerin Theresa May ist politisch durch den Wahlausgang geschwächt. Die Differenzen über die Brexit-Strategie werden innerhalb der Konservativen Partei zunehmend offen ausgetragen (FAZ (2017: 17). Dies dürfte die Brexit-Verhandlungen zumindest noch komplexer machen.

In diesem Debattenteil konzentrieren wir uns auf die Brexit-Strategiebildungen und Debatten in Großbritannien. Die Frage der Verhandlungsstrategien und deren Implikationen

stellen sich aber auch für die anderen 27 EU-Mitgliedsstaaten. Deren Verhandlungsprioritäten sind nicht einheitlich, und die Findung gemeinsamer Verhandlungspositionen dürfte Gegenstand komplexer innerer Aushandlungsprozesse werden. Ende April haben die verbleibenden 27 EU-Staaten ihre Anfangsposition für die Verhandlungen fixiert. Dabei machten sie klar, dass erst bestimmte Facetten des Austritts verhandelt werden müssten, bevor über die künftige Form der Zusammenarbeit Gespräche begonnen werden könnten. Hierbei fixierten sie drei Prioritäten:

- Bleibe-Garantien für die in Großbritannien lebenden 3,2 Mio. EU-BürgerInnen und im Gegenzug auch für die 1,2 Mio. in EU-Staaten lebenden BritInnen,
- britische Zahlungsverpflichtungen nach dem Austritt,
- das Grenzregime in Nordirland.

Bereits in der Frage des *Procederes* wurde ein Dissens zwischen Brüssel und London deutlich. Zum offiziellen Verhandlungsbeginn am 19.6.2017 stimmte die britische Delegation dann jedoch dem Vorschlag zum Verhandlungsablauf der EU-Seite zu. Insgesamt zeichnen sich komplexe und konfliktive Verhandlungen ab. Die Brexit-Frage wird auch den Kurswechsel noch geraume Zeit beschäftigen.

Literatur

Buchsteiner, Jochen (2017): Völlig verzockt; in: Frankfurter Allgemeine, 10.6., 2

FAZ (2017): Hart oder weich – Hauptsache Brexit; in: Frankfurter Allgemeine, 19.6., 17

Geets, Siobhán/Schmölzer, Michael (2017): Die Unionisten als Königsmacher; in: Wiener Zeitung, 10.6., 4

Wiener Zeitung (2017) Britisches Wahlergebnis; in: Wiener Zeitung, 10.6., 5